

v. Vollmar und die Sozialdemokratie

Gegen das Vollmartum in der sozialdemokratischen Partei

Sozialistische Bibliothek, herausgegeben von Hermann Teistler,
Verlag des „Sozialist“ (W. Werner), Berlin 1892

Der Herr von Vollmar

Die lieben Sommermonate bringen der Sozialdemokratie seit einiger Zeit immer große Gewitter. Der schöne blaue Himmel der Einigkeit bezieht sich dann auf einmal und dräuende Gewitter des Parteihaders fahren hernieder. Vor zwei Jahren (1890) schlug es zu Berlin, Dresden, Magdeburg kräftig in der Sozialdemokratie ein. In diesen Städten hatte sich eine starke Opposition gegen die Parteileitung zusammengeballt. Die „Jungen“ in den „Kniehöschen“ rückten den Alten hart auf den Leib. Doch sie erlagen bald den Streichen der übermächtigen „Alten“. Der Redaktionsstab zweier Zeitungen, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der „Magdeburger Volksstimme“ blieb „auf der Strecke“.¹

Im nächsten Jahre (1891) begann es im Monat Juni zu gewittern. Herr von Vollmar hielt in München seine berühmte Rede.² Er glaubte in allem Ernste „einen neuen Kurs“ in der Politik entdeckt zu haben. Er sprach sich darüber folgendermaßen aus: „Was nun die Frage betrifft, ob wir einen ‚neuen Kurs‘ haben oder nicht, so bin ich der Ansicht, dass trotz allen Schwankens und Zauderns und trotz einer großen Menge von Fehlern und Mängeln aller Art tatsächlich eine nicht unwesentliche Änderung in der Regierungspolitik eingetreten ist.“ [137] Er betonte dann, dass Bismarck³ die Verhältnisse „mit Absicht“ habe auf die Spitze treiben wollen. Seine Politik sei die Politik der Erstarrung, der eisernen Unbeweglichkeit [3/4] der öffentlichen Verhältnisse gewesen. Jetzt aber sah Herr v. Vollmar einen frisch-fröhlichen Eisgang nahen, der die Ströme des öffentlichen Lebens wieder frei machte. Neue Kräfte sah er sich regen, kurz er kam in eine wahre Frühlingsstimmung hinein, in der er fast jubelnd mit kindlicher

¹ Unmittelbar vor dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 formierte sich erneut eine innerparteiliche Opposition in der Sozialdemokratie. Die sogenannte „Bewegung der ‚Jungen‘“ hatte ihre organisatorischen Zentren in den drei genannten Städten. Mit einer Rundreise durch die drei Städte, wo jeweils große Volksversammlungen stattfanden, sowie auf dem Halleschen Parteikongress im Oktober 1890 gelang es der Parteiführung um Bebel, der Opposition Einhalt zu gebieten.

² Georg von Vollmar (1850-1922): bayerischer Offizier und Beamter, wandte sich Mitte der 1870er Jahre der Sozialdemokratie zu. Dort zunächst auf dem linken Flügel aktiv, vertrat er ab Ende der 1880er Jahre reformistische Positionen. Im Sommer 1891 hielt er zwei viel beachtete Reden im Eldorado-Palast in München, in denen er für ein „allmähliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus und eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter plädierte und löste damit eine heftige Kontroverse in der SPD aus. Die Reden wurden zuerst 1891 unter dem Titel „Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie“ und neu in dem Sammelband: Georg von Vollmar, „Reden und Schriften zur Reformpolitik“ (Berlin, Bonn, Bad Godesberg 1977, S. 137ff und 149ff) veröffentlicht. Auf diesen Band beziehen sich auch die – nachträglich in eckigen Klammern eingefügten – Quellenangaben.

³ Graf von Bismarck (1815-1898): erster Kanzler des Deutschen Reiches (1871-1890), auf ihn geht maßgeblich der Erlass des Sozialistengesetzes zurück.

Freude gesungen hätte: „Frühling, Frühling wird es nun bald.“ Und diese Hoffnungsseligkeit, diese Frühlingsstimmung deshalb, weil die Regierung sich auf die Bahn der Arbeiterschutzgesetzgebung begeben und das Ausnahmegesetz aufgehoben hatte! Herr v. Vollmar wollte aus diesem Grunde die Taktik geändert wissen. Er gedachte zwar nicht, die Grundsätze der sozialdemokratischen aufzugeben, aber er wollte auch nicht die Waffen jener wirksamen Arbeiter-Realpolitik aus der Hand legen, denen nach seiner Meinung nach die Sozialdemokratie ihre Erfolge hauptsächlich verdankte. Er sagte, „dass von einer Aufgabe der Grundsätze unserer Bewegung keine Rede sein kann, ist selbstredend. Ebenso wenig haben wir Veranlassung, unsere Waffen aus der Hand zu legen, denen wir am meisten verdanken, was wir bisher erreicht haben. Aber andererseits entspricht es dem Interesse der Arbeiterbewegung, und des Gemeinwesens überhaupt und *ist auch dem aller Utopie und Spekulationen fernem, im besten Sinne realpolitischen Wesen unserer Partei nicht zuwider, wenn wir den Weg der Verhandlung betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art herbeizuführen.* Unsere Partei hat, nachdem sie sich anfänglich auf das Schroffste gegen jedes Parlamentieren erklärt hatte, diesen Weg widerwillig und unsicher betreten und angesichts seiner vielen Schwierigkeiten auf ihm oft wieder umkehren wollen. Jetzt, wo ihre Kraft und Geschicklichkeit gewachsen, und die Bedingungen günstigere sind, werden wir *diesen Weg sicher und folgerichtig weiter zu gehen haben.*“ [139]

Herr v. Vollmar empfahl dann der Sozialdemokratie ein wohl überdachtes kluges Vorgehen an. Unkenntnis und Vorurteil machten heute nicht wenige „gute“ Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen und hier könnte „nicht nur überzeugendes Lehren sondern noch mehr kluges Handeln“ der Sozialdemokratie „viel nutzen“. [140] Dann hob Herr [4/5] v. Vollmar hervor, dass die sozialdemokratische Bewegung nun, da sie so große Dimensionen angenommen habe, mehr praktische Bahnen zu beschreiten habe. „Wir sollen“, so sagte er, „das Zukünftige im Auge behalten, aber darüber nicht das Nächste, Gemeinnützigste, Dringendste vergessen. Diese Einzelheiten mögen vom Standpunkte einer hohen Weltanschauung klein und gering erscheinen, aber nur der Träumer und der Tor verkennen ihre Notwendigkeit und Bedeutung.“ [140] Herr v. Vollmar erkannte an, dass „der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht“ [140] habe, und dass es notwendig sei, eine Idee rein darzustellen, um eine Weltanschauung zu bilden, aber man müsse nüchtern praktisch vorgehen, um die „Fleischwerdung“ des Gedankens zu ermöglichen. Selbstbeschränkung und Selbstkritik sei häufig am Platze. „Im Allgemeinen“,

sagt Herr v. Vollmar, „ist zu bemerken, dass der kritisierte Geist leicht in den Fehler der grundsätzlichen Verneinungssucht, *des leichtbereiten Absprechens über alle Dinge verfällt* und meint, dass alles, was besteht, schon darum schlecht und zu bekämpfen sei, weil es besteht. Dieser Zustand ist ein unvermeidlicher Durchgangspunkt, eine Kinderkrankheit, die bei einer kleinen, beginnenden Bewegung, wenig bedeutet. Eine große Partei aber, auf welche von allen Seiten das Licht fällt, muss alles vermeiden, was ihr vor der *öffentlichen Meinung, welche sie gewinnen will, mit Recht schaden kann.*“ [141]

Herr v. Vollmar schweifte dann auf die äußere Politik ab und besprach die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum „Dreibund“⁴. Er äußerte sich darüber folgendermaßen: „Sie kennen den viel besprochenen Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Derselbe wird meiner Meinung nach in einem Teile unserer Presse abfällig besprochen, wohl hauptsächlich in der Annahme, *dass alles von den Regierungen Kommende notwendig schlecht und zu bekämpfen sein müsse.* Es braucht nicht erst versichert zu werden, dass wir zur Diplomatie und ihren Werken wenig Zutrauen haben. Nichtsdestoweniger *müssen wir für den Dreibund eintreten, weil seine Tendenz unzweifelhaft auf Erhaltung des Friedens gerichtet, und er deshalb etwas verhältnismäßig Gutes ist.* Die Chauvinisten in Frankreich und die [5/6] Irredentisten in Italien suchen freilich die Sache so darzustellen, als ob der Friede nicht durch sie, sondern durch den Dreibund bedroht werde. Nun ist gewiss die heutige drohende Lage durch die Ereignisse von 1870/71, durch die verschärfte Spannung zwischen den beiden Nachbarvölkern, den Deutschen und den Franzosen, mit bedingt worden. Niemand bedauert das mehr, wie wir. Aber wie die Dinge heute einmal liegen, ist es eine Tatsache, dass nicht Deutschland und seine Verbündeten den Frieden bedrohen, sondern dass *ihre Bestrebungen auf die Abwehr der von anderer Seite ausgehenden Friedensbedrohungen gerichtet sind.* Wenn deshalb von auswärts her und zwar nicht nur von den dortigen herrschenden Parteien, sondern auch von radikaler und sozialistischer Seite versucht wird, Agitationen gegen den Dreibund in Szene zu setzen, ja wenn man gar versucht, uns deutsche Sozialdemokraten dazu herbeizuziehen, – so müssen wir unsere Stimme zur Abwehr und Warnung erheben.“ [142] Am Schlusse seiner Rede entwarf Herr v. Vollmar ein realpolitisches Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Partei. Er sagte: „Ich wiederhole: In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluss auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir – unter voller Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Bestrebungen – unsere Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentrieren und zeitweise positive Aktionsprogramme aufzustellen.“ [145]

⁴ Militärisches Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, das sich vor allem gegen die französischen Vormachtbestrebungen und auf die Erweiterung der eigenen Einflussphären richtete.

⁵ Die Irredentisten (von „Italia irredenta“, „das unerlöste Italien“) waren italienische Nationalisten und Republikaner, die die Vereinigung aller italienisch-sprachlichen Gebietsteile anstrebten.

Und nun stellte er fünf „mit allem Nachdruck anzustrebende Forderungen“ [145] auf: 1. Die Weiterführung des Arbeiterschutzes, 2. Die Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechtes, 3. Die Beseitigung der staatlichen Einmischung in die Lohnkämpfe der Arbeiter, 4. Eine Gesetzgebung über die industriellen Ringe.⁶ Herr v. Vollmar hob bei Besprechung dieses Punktes die systematische Ausplünderung hervor, welche die Ringe den Arbeitern, dem „Publikum“ und dem „Staate“ gegenüber betrieben. „Was wollen“, so rief v. Vollmar aus, „aber die meist eingebildeten Folgen der notwendigen Lohnkämpfe der Arbeiter bedeuten gegen die tatsächlichen Wirkungen der Ringe, welche planmäßig die Produktion einschränken, planmäßig eine Not an Kohlen [6/7] und anderen Bedarfsgegenständen erzeugen – nicht etwa aus Not (Sollte es Ringe „aus Not“ geben?), sondern lediglich zur Erzielung vergrößerten Reichtums. *Hierdurch bewirken die Ringe die denkbar ärgste Verschärfung und Zuspitzung der Klassengegensätze und erweisen sich tatsächlich als gemeinschädlich, als eine Gefahr für Staat und Gesellschaft.* Deshalb muss die Gesetzgebung alsbald gegen sie vorgehen.“ [149] (Ach wie ist das vom revolutionären Standpunkt aus zu bedauern.) 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Mit diesem Punkt beschloss v. Vollmar seine Rede. Er sagte: „Ich will nur sagen, dass unser Kampf gegen das System der künstlichen Lebensmittelverteuerung niemals erlahmen darf. Gerade in diesem Augenblicke ist die Frage der Getreidezölle und der durch sie bewirkten ungeheuren Brotpreise in den Vordergrund gedrängt, und unsere Partei muss ihren ganzen Einfluss aufzubieten haben, um dem Schrei des bedrängten Volkes Befriedigung zu schaffen, den Einfluss der Agrarier zurückzudrängen und *der Regierung begreiflich zu machen, dass nicht der Vorteil bevorrechteter Klassen und Kreise, sondern das Wohl der Allgemeinheit das wahre Staatsinteresse ist!*“ [148f] (Naiv, sehr naiv.) „Es wird sehr viel vom Vorgehen der Sozialdemokratie, von ihrer Kraft und Entschiedenheit, wie von ihrer geschickten, folgerichtigen Benutzung der tatsächlichen Verhältnisse abhängen, dass dieser Gedanke in erster Reihe in der Arbeiterwelt, aber auch darüber hinaus *bei den Einsichtigen in allen Schichten immer mehr Wurzel* fasst und sich Geltung verschafft. Je friedlicher, geordneter, organischer diese Entwicklung vor sich geht, desto besser für uns und das *Gemeinwesen!*“ [149]

Dies war das „sozialdemokratische“ Aktionsprogramm des Herrn v. Vollmar. Gegen den possibilistischen⁷ Geist der Vollmarschen Rede erhoben sich in Berlin zuerst die Schuhmacher.⁸ Der Enttäuschungssturm, von dem sie gepackt wurden, tobte sich in einer geharnischten Resolution gegen Vollmar aus. Diese sprach dem Abgeordneten Vollmar das Recht ab,

⁶ Es sind jeweils nur die Überschriften der Forderungen sinngemäß wiedergegeben [S.145ff]. Mit „industriellen Ringen“ sind Kartelle, d.h. preisdiktierende Unternehmenszusammenschlüsse (bzw. Monopole) gemeint.

⁷ „Possibilisten“ war die Bezeichnung für die reformistische Strömung der französischen Sozialisten.

⁸ Am 9. Juni 1891 fand in Berlin eine Schuhmacherversammlung statt, auf der einstimmig eine Resolution angenommen wurde, in der Vollmars Ansichten als „unsozialistisch“ erklärt und diesem das Recht abgesprochen wurde, weiterhin die Interessen des Proletariats zu vertreten.

noch [7/8] fernerhin das internationale Proletariat zu vertreten. Sie ging aus der Mitte der Versammlung hervor und wurde ohne lange Diskussion angenommen. Ob dieser Resolution erhob nun die sozialdemokratische Presse ein wahres Wutgeheul gegen die Berliner Schuhmacher und gegen den Referenten der Versammlung, Werner⁹. Da sprach man von dem „sattsam bekannten Herrn Werner“ und von „naseweisen Parteigenossen“. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb unter anderem über die Schuhmacherversammlung: „Wenn einige Personen in Berlin, die sich einbilden, allein das wahre Wesen des Sozialismus erkannt zu haben, bei Gelegenheit einer zufälligen Gewerkschaftsversammlung die obigen Anschauungen Vollmars als ‚unsozialistische‘ bezeichnen und sich dazu verstiegen haben, Vollmar das Recht abzuspochen, fernerhin die Interessen des Proletariats zu vertreten, so haben diese Leute, unter denen der bekannte Werner die Hauptrolle spielt, bewiesen, wie leicht der eitle Scheinradikalismus der vollendeten Lächerlichkeit anheim fallen kann. Das Maß der Kinderei dieser Personen bleibt nicht hinter dem Maß der boshaften Hinterlist der Gegner zurück.“

Anstatt dass die Sozialdemokratie die Schuhmacher wegen ihres energischen Protests gegen Vollmar lobte, klammerte sie sich pedantisch an die Form der Resolution – sie rüffelte die Schuhmacher wie Schulbuben. In allem Ernste behandelten einige sozialdemokratische Organe weitläufig die Frage, ob die Schuhmacher auch auf Grund des sozialdemokratischen Organisationsstatus das Recht zur Abfassung einer derartigen Resolution gehabt hätten. Oh, diese sozialdemokratischen Formenmenschen, die über lauter Formfragen die Hauptsache ganz vergaßen! Sie alle hatten das Zeug zu höfischen Zeremonienmeistern.

Die Schuhmacher sollten nur allzu recht mit ihrem energischen Protest gegen Vollmar gehabt haben. Was Herr v. Vollmar im Jahre 1891 begann, vollendete er im Jahre 1892. „Nichts halb zu tun, ist edler Geister Art.“, sagte er sich und schrieb einen Artikel in der „Revue bleue“ über den „Staatssozialismus unter Bismarck und Wilhelm II.“¹⁰ [8/9]

In diesem Blatte ließ sich Herr v. Vollmar über die Stellung der Sozialdemokratie zum Staatssozialismus folgendermaßen vernehmen:

Vollmar in der „Revue bleue“:

„Folglich bin ich der Ansicht, dass die sozialistische Partei keinen Grund hat, mit ganz besonderer Erbitterung den Gedanken des Staatssozialismus selbst zu bekämpfen. Unsere Partei hat im Gegenteil eine ganze Reihe von Plänen dazu bestimmt, gradweise eine bessere gesellschaftliche Organisation vorzubereiten, verfochten und in ihr Programm aufgenommen, welche (die Reihe der Pläne) man wohl als eine Annäherung an den Staatssozialismus betrachten kann. Dies gibt die

⁹ Wilhelm Werner (1859 - ?): Buchdrucker aus Berlin, führender Vertreter der Oppositionsbewegung der „Jungen“. Nach dem Ausschluss aus der sozialdemokratischen Partei auf dem Erfurter Parteitag 1891 Mitbegründer des „Vereins der unabhängigen Sozialisten“ und Verleger von dessen Zeitung „Der Sozialist“. 1893 ging er gemeinsam mit einem Großteil der „Unabhängigen“ auf anarchistischen Positionen über.

¹⁰ Dieser Artikel ist ebenfalls in den „Reden und Schriften zur Reformpolitik“ (S. 162ff) veröffentlicht.

Erklärung dafür, dass wir uns in der endgültigen Redaktion des neuen Programms auf dem Erfurter Kongress im Jahre 1891 geweigert haben, einen uns vorgeschlagenen Artikel aufzunehmen, der sich gegen den Staatssozialismus richtete.“

Vollmar in der „Münchener Post“:

In Wirklichkeit lautet der betreffende Absatz nach dem deutschen Original, im Zusammenhang folgendermaßen: „Deshalb bin ich auch der Meinung, dass die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen. Werden doch im Gegenteil eine Reihe von Maßnahmen zur stufenweisen Anbahnung einer besseren Gesellschafts-Organisation von uns angestrebt und schließlich mit beschlossen werden, welche man ganz wohl als staatssozialistische bezeichnen kann. Diese Erwägung hat auch dazu mitgewirkt, dass bei Ausarbeitung des neuen Programms meiner Partei zu Erfurt 1891 ein besonderer Satz gegen den Staatssozialismus, welcher im Entwurfe enthalten war, weggelassen wurde.“ [163]¹¹

Aber hiermit nicht genug, bedauerte v. Vollmar am Schlusse eines Artikels aus tiefster Seele, dass der heutige Klassenstaat noch nicht begriffen habe, „welch notwendiges Werkzeug für die Zivilisation der Sozialismus sei“. Ja, ja, das war wirklich zu töricht vom Klassenstaate, dass er die zivilisatorische Bedeutung seines Todfeindes nicht begriff! [9/10]

Herr v. Vollmar schrieb also in der „Revue bleue“ (S. 792) am Schlusse seines Artikels: „Man sieht, dass eine Regierung sehr stark und eine Bourgeoisie sehr schwach sein kann, aber nur so lange, als die wirtschaftlichen Interessen der letzteren nicht in Frage kommen. Deshalb kann es keine wahrhafte Sozialreform ohne oder im Gegensatz gegen die sozialistische Bewegung geben, besonders in einem Lande wie Deutschland, wo diese Bewegung durch eine wohlorganisierte fest geschlossene Partei repräsentiert wird, die bewusst auf ihr Ziel losgeht und mit ebensoviel Umsicht wie Tatkraft zu handeln versteht. *Stattdessen wird meine Partei noch immer als Feind betrachtet*; als ein Feind, gegen den man nicht mehr, es ist richtig, die von Bismarck angewendeten Mittel gebraucht, aber dessen Niederlage – um ein Wort des Kanzlers Caprivi zu gebrauchen – das treibende Motiv jedes Gesetzentwurfs, jeder vorgeschlagenen Maßregel ist. Welche Erfahrungen wird man machen müssen, um zu begreifen, dass die alleinige Kampfweise gegen den Sozialismus die ist, seinen gerechten Forderungen nachzugeben, um zu begreifen, dass der Sozialismus, weit davon entfernt, eine Gefahr für die Zivilisation zu sein, vielmehr ein notwendiges Werkzeug der Wiedergeburt der Menschheit ist?“ [169] (Siehe den „Vorwärts“ vom 21. Juli 1892)

Das ging dann doch dem guten „Vorwärts“ über die Hutschnur und mutig hieb er nun auf den Herrn v. Vollmar ein. Er schrieb: „Dieser Schluss ist eine Elegie. In gefühlvollem Ton fordert Vollmar die Regierung auf, nicht länger die Exekutive der Bourgeoisie zu

¹¹ In den „Reden und Schriften zur Reformpolitik“ ist die zweite Variante verwendet worden.

sein, bittet er den Klassenstaat, aufzuhören, Klassenstaat zu sein. Mit einem Federstrich wandelt er den Klassenkampf, den das Proletariat gegen die Besitzenden führt und kraft der geschichtlichen Entwicklung führen muss, in eine friedsam-idyllische Auseinandersetzung, bei der die Herrschenden nur ein klein wenig nachzugeben haben. Das große Drama des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse erscheint ihm als ein Idyll, in welchem zu guter Letzt Philemon Klassenstaat und Baucis¹² Arbeiterklasse ein behagliches Stillleben führen. Mag das Erfurter Programm, mag die moderne [10/11] Arbeiterbewegung, mag Theorie und Praxis auch dabei in die Brüche gehen. Vollmar macht den Gewalthabern sanfte Vorwürfe, dass sie uns für Feinde der heutigen Zustände, für ihre Gegner halten. Wir sind ihre Feinde, und darum ist es unsere Aufgabe, unser Recht, unser Stolz, gegen den Kapitalismus und seine politische Organisation so lange zu kämpfen, bis er fällt.

Was Vollmar am Schlusse sagt, ist nicht mehr Staatssozialismus. Es ist Regierungssocialismus. Jedes Jahr in der politisch toten Zeit ein Pronunziamento¹³ und ein Streithandel Vollmars, jedes Jahr ein Schritt weiter nach rechts. Wo Vollmar heute steht, wissen wir. Wie weit er sich bis zum nächsten Sommer entwickelt haben wird, werden wir sehen.

Sollte er dann aber sagen, dass wir uns von ihm mehr und mehr entfernen, so falle er keiner Sinnestäuschung zum Opfer! Wir stehen, wo wir standen, er aber ist von uns fortgerückt. Wohl an, will er nicht sitzen auf der Bank der revolutionären Sozialdemokratie, so ist dies seine ureigene Sache! Für die deutsche Sozialdemokratie aber gilt des florentinischen Dichters Wort: „Und leben werd ich, wie ich gelebt habe! Sein werd ich, was ich war!“ So der „Vorwärts“.

Die Herren von Vollmar

Der „Vorwärts“ wusch Herrn v. Vollmar gründlich den Kopf. Aber weshalb nur ihm? Er war doch einmal bei der Arbeit und hätte das Kopfwaschen nur ruhig fortsetzen können.

Namentlich in seiner nächsten Nähe trieben sich viele sozialdemokratischen Struwelpeter umher, die eine Kopfwäsche gründlich bedurften. Da treffen wir zunächst auf den Redakteur des „Vorwärts“, auf Herrn Liebknecht¹⁴. Herr Liebknecht scheint einen sehr hohen Begriff von der sozialistischen Mission des Staates zu haben. [11/12] So sagte er z.B. bei der Beratung der Bismarckschen Unfallversicherung: „Weil der Staat die große Mission hat, den Unterschied zwischen Arm und Reich auszugleichen, wollen wir die Staatsgewalt stärken.“; „Dass dieses Gesetz nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bildet, liegt auf der Hand. Es ist nur die Spitze des Keiles, der in unsere soziale Gesetzgebung [ragt,] das dicke Ende kommt nach ... Die

¹² Philemon und Baucis: Gestalten der griechischen Mythologie, Bild für ein in Liebe gealtertes Ehepaar

¹³ Pronunziamento (span.): Aufstand, Aufruf zum Staatsstreich

¹⁴ Wilhelm Liebknecht (1826-1900): Lehrer aus Gießen, beteiligte sich an der Revolution 1848/49 in Paris und Baden, in den 1850er Jahren schloss er sich im Schweizer Exil der Arbeiterbewegung an und gehörte in Deutschland zu den Begründern der Sozialdemokratie. Neben Bebel der populärste Parteiführer der Anfangszeit, vertrat in den 1870er Jahren antiparlamentaristische Auffassungen, die er nach Ende des Sozialistengesetzes jedoch revidierte.

vollständige staatliche Regelung unserer industriellen Verhältnisse ist die notwendige Konsequenz desselben. (Hört! links) und bei der Ehrlichkeit des Reichskanzlers, für die uns seine Stellung bürgt, wird er diese Konsequenz ziehen müssen. Auf diesem Wege marschieren wir zusammen ...“; „Wenn wir hiernach das vorliegende Gesetz, soweit sein sozialistischer Kern reicht, zu unterstützen bereit sind, so bitte ich Sie, sich Ihrerseits hierdurch von der Annahme desselben nicht zurückschrecken zu lassen.“; „Ich bitte Sie, kämpfen Sie nicht so lange, bis der ‚arme Mann‘ wirklich eine Leiche geworden ist!“; „Noch ist es möglich, die soziale Frage auf dem Wege der Reform zu lösen!“; „Das Prinzip des *laissez faire* führt zur Revolution!“; „Vor dem Nihilismus rettet nur der Sozialismus!“; „Ich bitte Sie, nehmen Sie dieses Gesetz mit unserem Amendement¹⁵ an. Die Sozialdemokratie werden Sie damit freilich nur stärken, indem Sie ihr ein Zeugnis für die Wahrheit ihrer Prinzipien aufstellen!“; „Die vornehmste staatsert haltende Kraft ist der Sozialismus.“ (Zitat nach einem Flugblatt).

Aus derartigen Ideen über das Wesen des Staats erklären sich dann natürlich ohne Schwierigkeit all jene Fehler, die von Seiten der Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes gemacht worden sind. Gewiss hat man sich derartige Vorstellungen über die große sozialreformatorische Mission des Staates wie Liebknecht gebildet, nun dann kann man auch ohne Kopferbrechen seine Zustimmung zu der staatlichen Subvention großer Dampfergesellschaften geben.¹⁶

Die Herren der Fraktion, welche ihre Zustimmung jenen Projekten der [12/13] Regierung gaben, wandelten nur konsequent die Bahnen weiter, welche Liebknecht beschritten hatte. Übrigens stellen sich die Anschauungen Liebknechts nicht etwa als das Produkt irgendeiner schwachen Stunde dar, nein, sie kehren verschiedentlich wieder und zwar kräftig und jugendfrisch, wie stets die Lieblingsvorstellungen Liebknechts aufzutreten pflegen. In der Reichstagsitzung vom 5. November 1889 nannte Liebknecht die Sozialdemokratie eine eminent staatsbildende Partei. „Die Sozialdemokratie und der Sozialismus“, so sagte er weiter, „allein sind im Stande den heutigen Staat mit Lebenskraft und gesundem Lebensblut zu erfüllen.“ – „Der Staat ist bloß eine Form der Gesellschaft; um die Gestaltung des Staates handelt es sich jetzt; es handelt sich nach unserer Anschauung darum, den Staat zu sozialisieren, der heute anarchistisch ist. Sie alle verteidigen den anarchistischen Staat. Man kennt das Wort

¹⁵ Amendement (frz.): Änderungs- oder Ergänzungsantrag

¹⁶ Im November 1884 wurde von Bismarck ein Gesetzentwurf zur Subventionierung von privaten Dampfschiffahrtlinien dem Reichstag vorgelegt. In der sozialdemokratischen Fraktion plädierte eine Mehrheit für die Unterstützung der Subventionen – mit dem Argument des technisch-kulturellen Fortschrittes und der Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Daraufhin entstand eine heftige Auseinandersetzung in der Partei, die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft wandte sich entschieden gegen das Verhalten der Fraktion. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden, der eine Zustimmung der Fraktion nur ermöglichte, wenn es eine Zusicherung geben würde, dass die Schiffe auf deutschen Werften produziert würden. Das geschah nicht, so dass die Dampfersubventionsvorlage nun gegen die Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen wurde. Damit war der Streit aber nicht beendet. Im Nachhinein attackierte die Fraktion den „Sozialdemokrat“, weil dieser gegen sie Stellung genommen hatte, was wiederum heftige Proteste an der Basis hervorrief. Die Partei stand zu jener Zeit am Rande der Spaltung.

Napoleons: Europa wird kosakisch oder republikanisch werden. Der Gegensatz ist falsch, ist antiquiert; zwischen dem republikanisch und dem kosakisch liegt viel dazwischen. Die Zeit ist da, wo der andere Gegensatz in Kraft kommt, und es sich entscheiden muss, ob die Welt anarchistisch oder sozialistisch sein soll. Wir sind *die Sozialisten, die den Staat retten wollen*, indem wir ihn umgestalten, und Sie, welche die heutige anarchistische Gesellschaft erhalten wollen. *Sie stürzen den heutigen Staat mit der Taktik, welche Sie befolgen, in das Verderben.*“ (Und das wäre wohl sehr schrecklich für die Sozialdemokratie, Herr Liebknecht?)

An anderer Stelle sagt Liebknecht: „Sie haben die staatsbildende, staatsgründende Kraft des Sozialismus nicht verstanden! Der heutige Staat kann sich nur dadurch verjüngen, dass er den Sozialismus auf dem Weg der Gesetzgebung einführt. (...) Die Sozialdemokratie ist gerade die Partei, auf welche der Staat, wenn Staatsmänner an der Regierung wären, in erster Linie sich stützen müsste ...“ (Wir zitieren nach der „Übersicht über die Verhandlung des Reichstages nach der Berliner Volks-Tribüne“) [13/14]

Aber nicht nur im Parlamente, sondern auch außerhalb desselben, in den öffentlichen Volksversammlungen, suchte Herr Liebknecht die Interessen der Arbeiter mit denen des Staates zu verquicken. In einer öffentlichen Volksversammlung sagte er 1888 in Wurzen: „In Amerika, das jetzt schon ein Arbeitsministerium hat, werden die Arbeiterorganisationen ebenfalls zur Gesetzgebung herangezogen. Das wäre auch in Deutschland nötig. Wir würden dann weiter kommen, wir würden nicht solche Fehlgeburten, wie das vorliegende Gesetz, haben, die ich aber mindestens zurückführen muss auf die totale Unkenntnis der Verhältnisse.“

Das Schicksal der Arbeitergesetze hängt unter allen Umständen von den Arbeitern ab. Eine gute Arbeitergesetzgebung liegt im Interesse der Arbeiter und des Staates. Und das Interesse der Arbeiter und des Staates erheischt es, dass von unten herauf durch möglichst rege Beteiligung der Arbeiter eine gute Arbeitergesetzgebung geschaffen werde.“ (Siehe Liebknechts Broschüre: Das Alters- und Invalidengesetz. Vortrag von Wilhelm Liebknecht in einer öffentlichen Volksversammlung zu Wurzen 1888, S. 31)

Noch plastischer traten die staatssozialistischen, sozialreformerischen Ansichten, die in den Köpfen vieler Sozialdemokraten rumorten, in dem „Norddeutschen Volksblatt“ hervor. Das „Norddeutsche Volksblatt“, dessen eifrigster Mitarbeiter Herr Frohme¹⁷ war, brachte am 24. August 1888 einen sehr interessanten Artikel unter dem Titel: „Ein Nibelungenschatz der nächsten Zukunft“. Der Verfasser des Artikels stellt zunächst ein Rechenexempel über die in die Alters- und Invalidenkassen fließenden Geldsummen auf. Uns interessiert dasselbe nicht weiter. Das eingezahlte Geld will der Verfasser dann zinstragend in sicheren Hypotheken angelegt wissen. „Und wie wird diese Riesensumme verwendet werden“, so fährt er dann fort: „Wie wird sie wirken? Sie wird faktisch das Reich zum weitaus größten Hypothekengläubiger Deutschlands machen,

wird durch Freimachung zahlreicher, heutzutage in [14/15] Hypotheken angelegter Kapitalien zunächst eine sanfte, langsam und still verlaufende Gründer-Ära hervorrufen und dann dauernd als stets sich mehrender ‚Reservfond‘ der Alters- und Invalidenversorgung ein Machtmittel für die jeweilige Regierung darstellen, von dessen Großartigkeit wir heutzutage noch gar keine Ahnung haben.“

So, so, das scheint besonders tröstlich zu sein, wenn die jeweilige Regierung über möglichst große Machtmittel verfügt. Für die Stockblindheit des Verfassers ist es bezeichnend, dass ihn seine letzten Gedanken nicht selbst auf die gefährlichen Konsequenzen des Staatssozialismus aufmerksam gemacht haben. Doch weiter im Text: „Aus dem Gläubigerthum, dem Großgrundbesitz gegenüber, wird mit Naturnotwendigkeit zuletzt Eigentum, Reichseigentum, hervorgehen. Die faktische Verdrängung des Privateigentums von den großen Gütern durch das Reichseigentum, das ist die notwendige Folge – natürlich nur dann, wenn auf der Bahn, welche der Entwurf andeutet, mit Konsequenz fortgefahren wird. Das Reich, als selbstbestellter und zwangsweiser Mandatar der deutschen Arbeiterschaft, kauft mit dem, was die Arbeiterschaft von ihrem Lohne herzugeben verpflichtet wird, im Wesentlichen den großen Grundbesitz privatrechtlich zusammen. Zu wessen Gunsten? Wie darf man zweifeln! Doch natürlich zu dessen Gunsten, der das Geld dazu hergeben muss, zu Gunsten des deutschen Volkes.“ (...) „Ob man das eine ‚Sozialreform‘ nennen soll, wollen wir nicht entscheiden. Um eine Sozial-Umwälzung handelt es sich dabei unbestreitbar – ob mit oder ohne Absicht derer, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, wissen wir nicht, und ist auch im Grunde eine Frage zweiten Ranges.“

Nun betraute man den heutigen Staat mit der Rolle eines „zwangsweisen Mandatars der deutschen Arbeiterschaft“, gut, so konnte man ja mit aller Ruhe in die Zukunft blicken. War es doch immerhin denkbar, dass sich dann die heutigen sozialen Gegensätze im Laufe der Zeit in Wohlgefallen auflösen?

Konnte doch die konservative Macht eine äußerst friedliche Ehe mit der Sozialdemokratie eingehen. [15/16] Und in der Tat schwebten ähnliche Gedanken dem „Norddeutschen Volksblatt“ vor. Diese Zeitung schrieb am 4. Januar 1890 einen Artikel über: „Das Absterben des Liberalismus“, der folgenden Gedankengang hatte: Mehr und mehr beherrschen zwei Strömungen die politische Welt; eine rechts-konservative und eine links-sozialistische. Der Liberalismus wird vollkommen von der konservativen Partei aufgesogen, und das Proletariat wendet sich der Sozialdemokratie zu. „Ist es nun nötig“, so fragt der Verfasser, „dass der Gegensatz zwischen diesen beiden allein übrig bleibenden Parteien durch eine brutale Kraftprobe gelöst werde?“ (...) „Nötig gewiss nicht! Menschen sind ja doch eben dadurch keine Tiere, dass sie die Fähigkeit besitzen, ihre individuellen Triebe und Wünsche höheren Gesichtspunkten unterzuordnen, sittliche Ideen – Gerechtigkeit, Bruderliebe und Kulturförderung – herrschen zu lassen über den animalischen Instinkt, über den süßen Kitzel des Bewusstseins, ungestraft Unrecht zu tun und Gewalt ausüben zu können. Deutschland nennt sich das Land des Idealismus, sollte in Deutschland nicht eine Lösung des großen Konflik-

¹⁷ Karl Egon Frohme (1850-1933), sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Redakteur zahlreicher sozialdemokratischer Zeitungen, Anhänger Lassalles, gehörte zeitlebens zum rechten Flügel der Partei.

tes auf eine diesem Ruhme angemessene Weise möglich sein? Nicht nur der blutige Konflikt wird uns von der Natur als Ausgleich zweier polarer Gegensätze gezeigt – neben ihm steht auch, als anderer schöner Ausgleich solcher Gegensätze, die Minne. Vielleicht endet unser großer innerer Gegensatz schließlich auch mit einem allversöhnenden Minnebunde – selbstverständlich bevor die ekelhafte, träge Masse Unrat, welche noch im Wege liegt, durch Sturm und Regen der Weltgeschichte weggespült und weggeschwemmt worden ist – der Liberalismus jeder Schattierung. Ist von dem erst einmal die Bahn frei geworden, so kommt vielleicht eine Ehe zu Stande, bei welcher der sozialdemokratische Gedanke als Bräutigam fungiert und die konservative Macht als Braut.“

Ein wundervolles Idyll! Über die Polterabendsherben des Liberalismus klettert das edle Brautpaar dann lustig und heiterer Dinge hinweg. Das gnädige Fräulein konservative Macht heiratet den Bürger Sozialdemokrat und die bürgerliche Gesellschaft löst sich in Gemütlichkeit auf. [16/17] Aus dem edlen Minnebunde erstehen dann natürlich Kinder, die mit den Muttermalen der Staatsmacht gründlich behaftet sind.

Übrigens: alte Liebe rostet nicht. So scheinen die dem Herrn Frohme nahe stehenden Kreise ihre alte lassalleianische Liebe für den Staatssozialismus nicht vergessen zu haben. Das „Hamburger Echo“ schrieb im November 1890: „Wir erklären dem Herrn Reichskanzler weiter rund heraus: dass wir ihm die Berechtigung absprechen, die Sozialdemokratie als eine den Staat bedrohende Partei zu bezeichnen. Was wir bekämpfen, das ist nicht der Staat, sondern staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die mit dem wahren Begriff des Staates und der Gesellschaft, mit deren Aufgaben nicht zu vereinbaren sind. *Gerade wir, die Sozialdemokraten, wollen den Staat in seiner ganzen Hoheit und Reinheit erst herausbilden.* Das haben wir länger als ein Vierteljahrhundert hindurch unausgesetzt in so unzweideutiger Weise dargelegt, dass füglich auch der Herr Reichskanzler von Caprivi¹⁸ es wissen könnte. Nur da, wo die wahre Staatsidee herrscht, ist auch die wahre Liebe zum Staat.“ (Zitiert nach der „Freiheit“.)

Der Staatssozialismus und die staatliche Sozialreform hatte fürwahr großes Unheil in den Köpfen der Sozialdemokraten angerichtet. Überall merkte man den Einfluss der staatssozialistischen sozialreformatischen Ideen in dem Reichstage, in der Volksversammlung, in der Presse, kurz an allen Ecken und Enden. Namentlich spukten diese Ideen in den Wahlflugblättern der Sozialdemokratie. Wir führen hier einige charakteristische Beispiele an. Im Wanzelebener Wahlkreise wurde eine bekannte Magdeburger Lokalgröße, Habermann¹⁹, für die Reichstagswahlen aufgestellt. Zu Gunsten der Kandidatur dieses Mannes gaben die Sozialdemokraten, wie üblich, ein Flugblatt heraus. In demselben wird Habermann den Wählern „als langjähriger Kämpfer für die Rechte und Freiheiten des werktätigen

¹⁸ Graf von Caprivi (1831-1899): preußischer General, Nachfolger Bismarcks als deutscher Reichskanzler (1890-1894).

¹⁹ Habermann, Wilhelm (1841-1887): Magdeburger Schneidermeister und einer der Pioniere der dortigen Arbeiterbewegung. Er gehörte spätestens seit 1883 der gemäßigten Richtung an und war 1884 und 1887 Reichstags-Wahlkandidat.

Im Original wurde der Name nicht ausgeschrieben, sondern immer mit „H ... n“ gesetzt.

arbeitenden Volkes“ vorgestellt; „nur das Geschrei von der Umsturzpartei“, so heißt es in dem Flugblatt, „könnte es Manchem bedenklich erscheinen lassen, am 28. Oktober seine Stimme diesem Mann abzugeben.“

„Wie sollte der Habermann ein Umstürzler sein, wenn [17/18] selbst der Kanzler des deutschen Reiches, Fürst Bismarck, Versuche mit dem Programm der Sozialisten anstellt?

Wenn selbst unser deutscher Kaiser in seinem Erlass den sozialistischen Grundgedanken seinem Volke kundgibt, dass dem wirtschaftlich Schwachen Schutz gewährt werden müsse, also Schutz der Armut gegen die Macht des ausbeutenden Großkapitals.

Wenn nun Habermann dasselbe will, – wenn auch in freierer Weise – was als wünschenswertes Heilmittel gegen das Übel der herrschenden Kapitalmacht und der Großproduktion von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck empfohlen wird, dann kann derselbe doch unmöglich ‚Umstürzler‘ sein. Und darum empfehlen wir Euch den Habermann.“

Nimmt es bei einem derartigen Flugblatt Wunder, dass nachher ein Sozialdemokrat noch weiter ging und feierlich vor Gericht versicherte, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft. Dies tat der Abgeordnete August Heine²⁰. Er erklärte im Magdeburger Geheimbundprozess 1887, dass er auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stände. Zahlreiche Magdeburger Sozialdemokraten hatten diesen Ausspruch gehört, zwei Magdeburger Zeitungen hatten ihn gebracht, und trotzdem bestritt Heine später mit dreister Stirn diese Äußerung. Herr Heine hatte aber selbst den Bericht der „Magdeburger Zeitung“ gelesen und einige Stellen derselben berichtigt. Dabei ließ er die Stelle, die seine Äußerung über die kaiserliche Botschaft enthielt, vollkommen unverändert, erkannte also damit selbst an, dass er sie gebraucht habe.

Trotzdem leugnete Heine diesen Ausspruch, er leugnete ihn selbst noch auf dem Erfurter Kongress in Gegenwart von Männern, die in jenem Geheimbundprozess selber zu langen Gefängnisstrafen verurteilt waren.

Daraufhin befragte der Delegierte Max Baetge²¹, der in jenem Prozess verurteilt worden war, noch einmal seine Mitangeklagten über diese Heinesche Äußerung und erhielt folgende Antwort:

„Magdeburg, 17. Oktober 1891. Erklärung. Auf Anfrage des Genossen Max Baetge erklären wir Unter-

²⁰ August Heine (1842 – 1919), Hutmacher aus Halberstadt. Redakteur div. sozialdemokratischer Blätter in Halberstadt, 1884–87 und 1890–93 Reichstagsabgeordneter; Seine Erklärung vor Gericht brachte ihm – neben seinem „Geschäftssozialismus“ - heftige Kritik nicht nur der Opposition ein.

²¹ Max Baetge (1859 - ?): Schuhmacher aus Magdeburg, gehörte während des Sozialistengesetzes dort zur illegalen Parteileitung und zur Opposition der „Jungen“. Im Juli 1890 war er Mitbegründer und Geschäftsführer der Magdeburger „Volksstimme“, die er zusammen mit den Redakteuren Kampffmeyer und Hans Müller im September desselben Jahres wieder verließ. Im Oktober 1891 war er einer der drei Magdeburger Delegierten zum Erfurter Parteitag, auf dem er gemeinsam mit den anderen Vertretern der Opposition aus der Partei ausschied. Im Dezember 1891 war er Mitbegründer des „Vereins Unabhängiger Sozialisten“ in Magdeburg. Paul Kampffmeyer nannte B. als einen – neben Adolph Schultze – der herausragenden Theoretiker der antiparlamentarischen Massenbewegung dieser Zeit. [Kampffmeyer, Paul: Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“, in: Parteitagskomitee (Hg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910]

zeichnete: [18/19] Es ist wahre und unumstößliche Tatsache, dass Herr August Heine (Halberstadt) in der Gerichtsverhandlung am 16. und 17. Mai 1887 (Geheimbund) erklärt hat, „er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft.“ Diese unsere Erklärung darf jedoch nicht dahin aufgefasst werden, als wollten wir aus diesem Heineschen Fall den übrigen Fraktionsmitgliedern oder der Leitung einen Vorwurf machen.

Karl Lankau, Franz Königstedt, Julius Bremer, Julius Berger, Johann Kräber, Karl Dedlow, Robert Schultz, Karl Schoch, August Fabian, Eduard Thiering, Oskar Nitschke, Robert Dedlow, August Schlütke, Richard Nitsch.“²²

Herr Heine leistete sich übrigens das Menschenmögliche in der Verherrlichung der Sozialreform auf Kosten des revolutionären Prinzips. Herr Heine ließ sich als Kandidat für den deutschen Reichstag aufstellen und versprach nun – als Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie – „Schritt für Schritt auf gesetzlichem Wege danach zu streben, dass die materielle Hebung und die Wohlfahrt des deutschen Volkes herbeigeführt und dadurch die Not und das Elend der ärmeren Klassen beseitigt werde zu Wohle und Heile des gesamten deutschen Reiches. Denn dessen freiheitliche Entwicklung und Machtentfaltung kann ja nur dadurch eine gedeihliche werden, dass dem Volke sein freies, ungeschmäleretes staatsbürgerliches Recht garantiert wird und soziale Reformen in dem Sinne eingeführt werden, dass auf der einen Seite dem übergroßen Luxus und der Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen gesteuert werde, welches notwendig die Verarmung der großen Massen des Volkes im Gefolge hat, und dass auf der anderen Seite die bestehende Not und die furchtbare Verarmung beseitigt werde, damit sich jeder heimisch fühle im deutschen Vaterlande!“

Bei der Wahl 1887 empfahl sich Heine seinen Wählern als „einziger“ der Magdeburger Kandidaten, „welcher die berechtigten Forderungen auch des selbständigen Handwerkerstandes und Geschäftsstandes rücksichtslos vertritt.“ „Wie sollte es auch anders sein“, so heißt es in jenem Flugblatt, „da er selbst dem Stande angehört ...?“ [19/20] Noch bei der letzten Wahl 1890 ließ sich Heine in Calbe-Aschersleben auf Grund eines Flugblattes wählen, das folgende Sätze enthält: „Der Arbeiterstand verklavt, der Geschäftsstand wird ruiniert, weil der Arbeiterstand nichts kaufen kann, der kleine Landwirt wird aufgesogen, weil er mit seiner hohen Pacht nicht mit kann. Täglich werden größere Lasten auf den Mittelstand und den Arbeiter gewälzt. Sollen diese Zustände trotz der kaiserlichen Erlasse ewig so bleiben? Nimmermehr. Die Erlasse des Kaisers müssen zur vollen Durchführung gelangen, wer das anstrebt, wähle unseren Kandidaten ...“

Hier werden die kaiserlichen Erlasse als Reformakte hingestellt, welche dem „Arbeiterstand“, dem „kleinen Landwirt“, dem „Geschäftsstand“ wieder aufhelfen könnten. Wird doch im Flugblatt gefragt, ob diese Zustände „trotz der kaiserlichen Erlasse“ ewig so bleiben sollten. Man denke, ein „zielbewusster Sozialde-

²² Die Unterzeichner gehörten zu den insgesamt 46 im Mai 1887 in Magdeburg wegen Geheimbündelei Angeklagten und waren allesamt an der illegalen Organisation der Magdeburger Sozialdemokratie beteiligt. Heine ist eher zufällig in die Verhaftungswelle geraten, er wurde dann auch freigesprochen.

mokrat“ macht sich anheischig, für die volle Durchführung der kaiserlichen Erlasse einzutreten, um die Lage der kleinen Landwirte und Geschäftsleute zu verbessern. Kleine Landwirte, Geschäftsleute, Arbeiter lässt Heine in süßester Harmonie zusammen marschieren, gleichsam, als hätten sie nur ein einziges soziales Interesse. Nach der Ansicht Heines wird jedenfalls nach der vollen Durchführung der kaiserlichen Erlasse der Arbeiter mehr kaufen können, und dann wird der „Geschäftsstand“ vor dem Ruine bewahrt werden. Oder was hat der Passus von dem Ruine des Geschäftsstandes, von dem der „verklavte“ Arbeiterstand nichts mehr kaufen kann, sonst für einen Sinn? Und weil so die traurigen Zustände der Arbeiterklasse und des Mittelstandes durch die kaiserlichen Erlasse verbessert werden, deshalb müssen, wie das Flugblatt sagt, „die Erlasse zur vollen Durchführung gelangen.“

Das Flugblatt fährt dann ferner fort: „Unsere Ziele sind freilich weit gesteckt, aber wir wissen auch allein, dass wir nur langsam zum Ziele kommen werden“, „wir müssen ausharren und kämpfen“. – „Verminderung der Arbeitszeit (nicht plötzlich, sondern allmählich) – Vermehrung des Lohnes (nicht plötzlich, sondern allmählich) bis wir alle Arbeiter frei und glücklich gemacht, das ist unser Ziel – [20/21] ein edles Ziel, des Ringens wert – mit Freuden setzen wir wie bisher Gut und Freiheit dafür ein.“

Die langsame Krähwinkler Landwehr selbst könnte man durch ein derartiges Flugblatt zur Sozialdemokratie bekehren. Sollte Heine dies vielleicht beabsichtigen, nun dann wird er seinen Zweck „allmählich“ auch wohl erreichen.

Mit Herrn Hutmacher Heine sind wir jetzt fertig. Was ist nun die Moral von der Geschichte? Mit der Variation eines bekannten Uhlandschen Verses sagen wir: „Die Geschicht' ist Abgeordneten zur Lehr' gemacht / dass sie fein geben auf ihre Reden acht / Und nicht alle Gesellschaftsklassen / unter einem Hut zusammenfassen.“²³

Ja wohl, dringt man unterschiedslos alle Gesellschaftsklassen unter einen Hut, so dürfte der breitkrepmpige sozialdemokratische Parteihut mit all den hinein geklebten Volksmännern eines Tages elend auseinandergehen.

In dem letzten Flugblatt Heines wird übrigens der Anschein erweckt, als könnte die Sozialdemokratie durch allmähliche Verminderung der Arbeitszeit und allmähliche Erhöhung des Lohnes ihr Ziel erreichen. Auf dem Boden der staatlichen Sozialreform wächst die Sozialdemokratie gleichsam in den „Zukunftsstaat“ hinein. Die Arbeitszeit wird so lange abgekürzt und der Lohn so lange erhöht, bis „alle Arbeiter frei und glücklich“ gemacht sind. Ähnliche Gedanken von einer allmählichen friedlichen Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische vermittelt der Sozialreform äußerten sozialdemokratische Führer mehrfach. Wir wollen hier nur an einen Ausspruch

²³ Ludwig Uhland (1787-1862): Jurist aus Tübingen, galt zu Lebzeiten als einer der bedeutendsten deutschen Dichter, 1848 liberaler Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung. Die Zeilen sind eine Abwandlung aus dem „Junker Rechberger“ „Dies Lied ist Junkern zur Lehr gemacht: / Dass sie geben auf ihre Handschuh acht, / Und dass sie fein bleiben lassen, / In der Nacht am Wege zu passen.“

Singers im Münchener Geheimbundprozess erinnern. Herr Singer erklärt da unter Anderem (Siehe die viel verbreitete Flugschrift: „Der erste Nichtgentleman auf dem Zeugenstande.“): „Was die Frage nach dem ‚Umsturz der Gesellschaftsordnung‘ anlangt, so habe ich als Mitglied der Partei das Recht zu verlangen, dass ihre Bestrebungen nach dem beurteilt werden, was in der Literatur, in ihrem Programm und in der Tätigkeit ihrer Vertreter zu Tage tritt. Die [21/22] Arbeiterschutzgesetzgebung zeigt, auf welche Weise wir glauben, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Es ist kein Zweifel, dass wir eine Umformung der heutigen Gesellschaft insofern anstreben, als wir die Umwandlung des privatkapitalistischen Produktionssystems in ein gesellschaftliches verlangen. Das Mittel zu diesem Zweck ist gegeben in der erwähnten Sozialreform, von der wir glauben, dass sie unter der Voraussetzung guten Willens auch durch die heutige Gesellschaft und auf gesetzlichem Boden möglich ist ...“ (S. 38)

Diese Perlen aus den Reden, den Zeitungen, den Flugblättern der deutschen Sozialdemokratie mögen wohl genügen, um die starke staatssozialistische und staatsreformatrische Strömung zu kennzeichnen, die sich in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie vielfach bemerkbar machte.

Sie zeigen zugleich, mit welch tüchtigem Wasserzusatz die Führer verschiedentlich die sozialdemokratischen Prinzipien verdünnen. Häufig glich ihr Sozialismus nur noch einem leicht blaurot gefärbtem Spülwasser. Gewiss, Wasser war nun in Hülle und Fülle da, man konnte damit ganze Landstriche befeuchten. Aber Wasser nur, eitel Wasser!

Fort mit dem Staatssozialismus!

In der heutigen Sozialdemokratie „keimt und blüht“ also – und wahrlich nicht zum „Völkerglück“ – der Staatssozialismus.

Im verflossenen Jahre erst, auf dem Parteitag zu Erfurt, entsprang eine neue schöne staatssozialistische Blüte: Es beantragten süddeutsche Sozialdemokraten die Verstaatlichung des Getreidehandels. Anstatt nun durch diese letzte Erfahrung gewitzigt, mit großen Lettern eine energische Erklärung gegen den Staatssozialismus zu bringen, strichen gerade die Sozialdemokraten aus ihrem Erfurter Programm [22/23] jenen Passus des Entwurfes, der sich energisch gegen den Staatssozialismus kehrte. Dieser Passus lautete: „Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“²⁴

Nun, wohlan, Ihr Sozialdemokraten, wenn Ihr es ehrlich mit Eurem Kampfe gegen den Staatssozialismus meint, so nehmt jenen Passus in Euer Programm wieder auf; aber versäumt dann auch nicht Eure vielgepriesene Verstaatlichung des Arzneiwesens aus dem

²⁴ Programmwurf des Parteivorstandes [Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, S. 14]

Programm mit dicken Tintenstrichen auszustreichen. Vor allen Dingen keine Halbheiten, meine Herren!

Der Staatssozialismus ist wie der Teufel; reicht Ihr ihm einen Finger, so nimmt er sofort die ganze Hand und dann den ganzen Mann.

Daher negiert den „Staatssozialismus“ im Prinzip! Treibt aus Euren Köpfen die leiseste Spur eines staatssozialistischen Gedankens und entfernt aus Euren Schriften das letzte staatssozialistische Pünktchen über dem „i“!

Anmerkung

Zu unseren Zitaten haben wir Folgendes zu bemerken: Das Zitat aus der „Berliner Volks-Tribüne“ stimmt wörtlich mit dem amtlichen Reichstagsstenogramm überein. Das angeführte Flugblatt bringt die Liebknechtsche Rede in freier, aber sinngemäßer Weise zum Abdruck. Wir führen aus dem Stenogramm folgende Stelle an: „Wir glauben, dass der Staat, von dessen Zweck und Bestimmung wir die höchste Vorstellung haben, die Kulturaufgabe hat, den Gegensatz von arm und reich aufzuheben, und weil wir dem Staat diese Mission zuerkennen, darum treten wir im Prinzip für dieses Gesetz ein (...) Indem der Staat die Versicherung gegen Unfälle in die Hand nimmt, bringt er sich in die Lage, auch die Kontrolle über die Industrie in die Hand zu nehmen. Das ist absolut notwendig. Wollte Fürst Bismarck nicht diese Konsequenzen, so wäre das Gesetz eine elende Farce (...) und das können wir dem Fürsten Bismarck doch nicht zutrauen. (...) Vor dem Nihilismus rettet sie bloß der Sozialismus. (...) Das Laisser aller (...) das Gehenlassen führt uns zur Revolution. (...) Wenn man sich aber nicht auf den Boden des Sozialismus stellt, wäre es sehr leicht möglich, dass der arme Mann, ehe man so weit ist, wirklich eine [23/24] Leiche ist. Es ist nötig, dass für den ‚armen‘ Mann auch gesorgt wird, so lange er lebt. (...) Der Sozialdemokratie freilich haben Sie damit nicht den Boden entzogen, sondern einen Dienst geleistet, denn dieses Gesetz ist ein Zeugnis für die Wahrheit des sozialistischen Gedankens.“ – Der Satz: „Die vornehmste, staatserhaltende Kraft ist der Sozialismus“ befindet sich in dieser Fassung in der Liebknechtschen Rede nicht. Er kommt aber in der anderen zitierten Rede Liebknechts vor: „Die Sozialdemokraten und der Sozialismus allein sind im Stande, den heutigen Staat mit Lebenskraft und gesundem Lebensblut zu erfüllen.“

Quelle: www.geschichtevonunten.de
Zuletzt aktualisiert: 02.10.2010